

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.02.2019	öffentlich
Beirat für Behindertenfragen	27.02.2019	öffentlich
Integrationsrat	27.02.2019	öffentlich
Jugendhilfeausschuss	06.03.2019	öffentlich
Seniorenrat	20.03.2019	öffentlich
Psychiatriebeirat	22.05.2019	öffentlich
Fachbeirat für Mädchenarbeit	22.05.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Vorschlag der Verwaltung für die Vertragsperiode 2020-2022

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Rat der Stadt, 07.02.2019, TOP 4.1, Drucksachen-Nr.: 7995/2014-2020

Beschlussvorschlag:

1. Die Beiräte, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Bericht zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Bericht vorgestellten inhaltlichen und strukturellen Vorschläge mit den freien Trägern zu erörtern und den Fachausschüssen bis zur Beschlussfassung des Rates im Juli 2019 regelmäßig über die Gespräche zu berichten.
3. Zur Finanzierung der Maßnahmen werden die im Haushalt des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Verfügung stehenden Mittel i.H.v. 1 Mio. € verwendet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den in Anlage 1 des Berichts aufgeführten Anträgen und Problemstellungen eine fachliche Einschätzung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.
5. Um den über die 1 Mio. € hinausgehenden Mittelbedarf decken zu können, wird die Verwaltung beauftragt, den Ratsgremien einen Vorschlag für die Verwendung der Integrationspauschale aus den Jahren 2018 und 2019 vorzulegen. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Stadt richtet eine Rücklage zur Förderung des sozialen Zusammenhalts ein. Diese „Integrationsrücklage“ wird für vier Jahre eingerichtet.
- Er dient unter anderem der Ausfinanzierung der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen.
- Außerdem sollen Maßnahmen geplant werden, die dem sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und der Integration von benachteiligten Personengruppen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt dienen und die möglichst nachhaltig wirken sollen.
- Die Maßnahmen werden ausgewertet; die Ergebnisse werden den Fachausschüssen regelmäßig berichtet.

Begründung:

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 07.02.2019 den Antrag „Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen“ (Drucksache: 7795/2014-2020) beschlossen.

Darin wird die Verwaltung gebeten, Vorschläge zur Umsetzung zu den im Antrag genannten Schwerpunkten zu entwickeln und die finanziellen Auswirkungen zu beschreiben.

Der Bericht umfasst die Vorschläge der Verwaltung und die Finanzbedarfe.

Beigeordneter



Ingo Nürnberger

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.